

Forum: „9. Familienbericht“

Input: Prof'in Dr. Sabine Walper (DJI)

Kommentar: Prof. Dr. Mathias Berg (LAG Erziehungsberatung NRW/Katholische Hochschule Aachen), Jana Demski (Caritas Kreis Warendorf/WWU)

Moderation und Co-Moderation: Maik Sawatzki (WWU), Laura Martin (duvk/AGJ)

Kernthesen des Berichts

Elternsein in Deutschland zeichne sich durch eine zunehmende Diversifizierung, Intensivierung und soziale Ungleichheit aus. Die damit für Eltern einhergehenden Belastungen seien bereits vor der Corona-Krise zu beobachten gewesen, hätten sich jedoch im Zuge der Pandemie nochmal verschärft. Familien müssten daher entlastet und zugleich befähigt werden mit diesen Herausforderungen umzugehen. Hierfür benötigten sie passgenaue, zielgruppengerechte Angebote. Eine besondere Bedeutung komme der Familienbildung zu, deren Zugänge ausgeweitet werden müsste. Zudem müsse sie professionalisiert und stärker in die Jugendhilfeplanung eingebunden werden. Zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und zur Schaffung von Bildungsgerechtigkeit brauche es eine qualitativ hochwertige Bildungsinfrastruktur mit mehr Ganztagsangeboten für Kinder, die von multiprofessionellen Teams umgesetzt werden. Ferner sei die Schulsozialarbeit zu stärken und Gesundheitsfachkräfte an Schulen zu integrieren. Außerdem müssten die Erziehungs-, Partnerschafts- und Trennungsberatung sowie die aufsuchenden Unterstützungsangebote (SPFH) für Familien bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. Weiterhin sei es wichtig die Verantwortungspartnerschaften für Familien zu stärken, die wirtschaftliche Absicherung von Familien zu gewährleisten, die Vielfalt gelebter Elternschaft im Recht anzuerkennen sowie die Integration und Teilhabe von Familien mit Migrationsgeschichte und Beeinträchtigungen bzw. Behinderungen zu fördern. Es brauche schließlich eine breitere Wissensbasis für eine wirkungsorientierte Politik für Familien, die eine ressortübergreifende Querschnittsaufgabe sein müsse angesichts ihrer Bedeutung als zentraler Sozialinvestition in die Zukunft.

Zusammenfassung Praxis-Kommentare

Prof. Dr. Mathias Berg berichtet, dass sich die Intensivierung von Elternschaft quer durch alle Schichten auch in der Erziehungsberatung widerspiegeln. Er erklärt sich dies u.a. durch die Abnahme mehrgenerationale Unterstützungsangebote bei gleichzeitigem zunehmenden Anspruch der Eltern, viel Erziehungsarbeit selbst zu leisten. Dieser Trend werde auch weiterhin zunehmen und Problemlagen verschärfen, wenn es nicht mehr Unterstützungsangebote geben sollte. Eine Gefahr sei, dass durch die gestiegenen Elternansprüche die Bedarfe der Kinder aus dem Blick geraten. Die Familienbildung und Hilfen zur Erziehung sollten aufgrund ihrer primärpräventiven Funktion gestärkt und die Angebote zur Familienunterstützung insgesamt wirkungsorientiert gestaltet werden. Im Zuge der Corona-Krise habe die Erziehungsberatung die Chance sich mit Blick auf die Digitalisierung zu professionalisieren.

Jana Demski ergänzt, dass die Intensivierung von Elternschaft laufend statfinde und manche Fachkräfte unterschätzten, was dies für Eltern bedeute. Um Eltern wirksam unterstützen zu können, sei eine bessere Qualifizierung von SPFHs und ambulanten Hilfen notwendig. Die kommunale Ebene müsse die nötigen Zeitressourcen zur Weiterbildung geben. Eltern, deren Problemlagen in der Corona-Krise in den Medien nicht adäquat zum Tragen gekommen seien, sollten im Homeoffice ihre Kinder nicht neben der Arbeit betreuen müssen. Daher brauche es einen Ausbau der Betreuungsplätze und -zeiten. Eltern müssten auch befähigt werden, mit der Kombination aus analoger und digitaler Lebenswelt umzugehen.

Diskussion

Es wird über die angemessene Ausweitung des Ganztags diskutiert. Dabei wird erläutert, dass der Bericht die Stärkung des teilzeitgebundenen Ganztags empfiehlt. In diesem Rahmen sollen drei ganze Tage für einen rhythmisierten Unterricht pädagogisch genutzt werden. Ferner wird eingebracht, dass nicht nur die Kinderbetreuung, sondern auch die Care-Arbeit von Eltern für ihre eigenen Eltern bzgl. der gestiegenen Ansprüche berücksichtigt werden müsste. Es müsse die gesamte Lebensphase von Eltern in den Blick genommen werden. Auch die Spannung zwischen den veränderten Anforderungen der Erwerbstätigkeit und den gestiegenen Erziehungsansprüchen müsse näher analysiert werden. Die gesellschaftlich gestiegenen Ansprüche an Eltern könnten nicht nur durch den Ausbau der Infrastruktur gelöst werden. Es brauche insgesamt eine Entlastungsstrategie für Familien. Kinder müssten weiterhin ihr eigenes Leben gestalten können und die Eltern nicht (nur) für sie bestimmen. Weiterhin wird betont, dass insbesondere die Jugendhilfeplanung mehr repräsentative Forschung zu den Bedarfen und Wirksamkeiten von Angeboten der Familienberatung und -bildung brauche. Außerdem seien mehr Fortbildungen nötig, um Familienangebote zu verbessern. Zudem müsse die Familienbildung weiter gefördert werden. Ferner sei zu beachten, dass sich die Generationengewichte verschoben hätten und die Interessen der nachwachsenden Generation stärker durchgesetzt werden müssen. Darüber hinaus wird gefordert, dass Exklusion weiter entgegengewirkt und Teilhabe, v.a. angesichts des inklusiven neuen SGBVIII, gestärkt werden müsse.

Weiterführende Fragen, Themen und Anliegen

Wie der Bericht aufzeigt, hätten die meisten Eltern trotz steigender Zeitinvestitionen das Gefühl ihren Kindern nicht genügend Zeit zu widmen. Daraus ergebe sich die Frage, ob Eltern tatsächlich mehr Zeit gegeben werden sollte oder ihre Ansprüche verringert werden müssten. Es müsse geklärt werden, was die Bildungsqualität von Ganztags-Angeboten genau ausmachen sollte. Angesichts der Notwendigkeit von Familienpolitik als Querschnittsaufgabe, stellt sich die Frage, wie die Bedeutung der Familien(-förderung) in alle Politikbereiche eingebracht werden kann.